



D-A-S-H Dossier #3: Jugendarbeit gegen Rassismus

Dossier #3: Unser drittes Dossier gibt einen Einblick in derzeitige Projekte und Ansätze und liefert anhand aktueller Anlässe Grundlagen zur erneuten Diskussion der akzeptierenden Sozialarbeit.
Jugendarbeit gegen Rassismus

1. Jugendarbeit und Rechtsextremismus
2. Beispiel Zittau (Emma Schaaf)
3. Interview mit Hagen Kreisel
4. Netzwerk für Demokratie und Courage e.V.
5. Aktion Analyse
6. Schon den Schirm!
7. Karikaturenwettbewerb "Anders -- na und?"
8. Links zum Thema
9. ... zu ostlastig?

2000 war es merklich still in der Diskussion um Strategien zur Eindämmung rassistischer Gewalt und Fremdenfeindlichkeit. Nach dem sogenannten Antifa-Sommer, der durch einen rechtsextremen Bombenanschlag auf jüdische Aussiedler in Düsseldorf im vergangenen Jahr ausgelöst wurde, ist die Diskussion um Rechtsextremismus und rechte Gewalt erneut aufgeflammt. Zur selben Zeit führte die offizielle Politik die Debatte um die arbeitsmarktpolitische Notwendigkeit der Einwanderung und die Einführung der »GreenCard«. Es war in diesem Zusammenhang auch im Interesse der Bundesregierung, rassistische Gewalt, die den »Standort Deutschland« gefährdet, zu bekämpfen. Unterstützt durch Fördermittel aber auch unabhängig von diesen ist eine Vielzahl von Initiativen gegen Rechts entstanden. Unser dritter Newsletter gibt einen Einblick in derzeitige Projekte und Ansätze und liefert anhand aktueller Anlässe Grundlagen zur erneuten Diskussion der akzeptierenden Sozialarbeit.

1. Jugendarbeit und Rechtsextremismus

Weder das Phänomen Rechtsextremismus noch die Forderung an Jugendarbeit, rechtsextremistischen Jugendlichen Einhalt zu gebieten, ist etwas neues. Dennoch lassen sich nachhaltige Erfolge im Bereich der Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen kaum verzeichnen. Deshalb ist es notwendig »tabula rasa« – reinen Tisch – mit den bestehenden Ansätzen und Konzepten von Jugendarbeit zu machen, die auf den Weg geschickt worden sind, um den rechten Mainstream zurück zu drängen. Was hat akzeptierende Jugendarbeit bewirkt und geleistet? Wie kann langfristig eine Dominanz des rechten Mainstream eingedämmt und wie kann sich eine demokratische, auf Selbstbestimmtheit und Selbstständigkeit beruhende Jugendkultur etablieren?

Rechtsextremismus und Rassismus sind gesamtgesellschaftliche Probleme. Das wird oft betont, es scheint jedoch, dass die Dimension dieses Satzes offensichtlich nicht klar ist. Rechtsextremismus ist kein von der Jugendarbeit produziertes und auch kein von der Jugendarbeit zu lösendes Problem. Daher ist es absurd, ein Jugendarbeitskonzept erfinden zu wollen oder nach diesem zu suchen, das diese »Krankheit« heilen soll. Denn Rechtsextremismus ist keine Krankheit, von der Menschen unschuldigerweise befallen worden sind, so wie auch rechtsextreme Täter keine »verlorenen Schafe« sind, die zurückgeholt werden müssen. Rechtsradikale Einstellungen, Organisationen und Taten sind Resultat und Ausdruck einer politischen Ideologie, welche Menschen auf Grund von rassistischen Kategorien wie Hautfarbe, Religion, Nationalität, Kultur verschiedene Eigenschaften zuordnet und auf Grundlage dieser Zuordnungen diskriminiert, ausgrenzt, verfolgt und ihnen Lebensberechtigungen abspricht, dabei autoritäre, hierarchische Organisationsformen proklamiert und individuelle, persönliche Bedürfnisse von Menschen der »führenden Gruppe« unterordnet. Es handelt sich hierbei also nicht um »Verfehlungen«, sondern um ein klares rassistisches Menschenbild und die Umsetzung dessen. Dabei ist nicht gesagt, dass auch dem rechtsextremen Jugendlichen Änderungsprozesse zugetraut werden können, etwa ein anderes Menschenbild zu entwickeln und ein anderes Leben zu führen. Aber in der Diskussion um Rechtsextremismus ist, wie auch der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) konstatiert, »eine Sozialpädagogisierung des Problems, eine Pädagogik des Verstehens um jeden Preis, die Eigenverantwortlichkeit weitgehend ausklammert,(...) fehl am Platz.«

Wenn wir von Rechtsextremismus reden, so meinen wir eine ganze Facette von Problemen, beispielsweise Darstellungen in den Medien, die fremdenfeindliche Klischees reproduzieren, oder problematische Äußerungen von Spitzenpolitikern, die rassistische Stimmungen in der Bevölkerung verstärken. Anstelle von Diskussionen um Ursachen und mögliche Lösungsansätze zur Verhinderung rassistischer Einstellungen rücken Standortdebatten in den Vordergrund. In sämtlichen gesellschaftlichen Bereichen lassen sich Verantwortlichkeiten und Handlungsaufforderungen formulieren, um dieses gesamtgesellschaftliche Problem Rechtsextremismus zu bekämpfen. Einer dieser Bereiche ist die Jugendarbeit. Jugendarbeit hat eine

Verantwortung in dem gesamten gesellschaftlichen Feld der Auseinandersetzung und damit auch verschiedene Möglichkeiten und Notwendigkeiten, sich zu positionieren und zu handeln. In der Jugendarbeit werden neben der Schule und dem Elternhaus Werte vermittelt und Normen durchgesetzt. Gerade hier finden für Jugendliche oftmals die ersten Versuche statt, sich in gesellschaftliche Prozesse einzubringen. Hier geschehen gesellschaftliche Aushandlungsprozesse, die oftmals auch prägend sind für die Sozialisation, aber auch für ein Klima oder einen Trend unter den Jugendlichen einer Kommune. Damit sind die verschiedenen Handlungsbereiche umrissen: 1. die individuelle Ebene der Wertevermittlung, die Jugendlichen widerfährt, die in der Jugendarbeit >betreut< werden; 2. die jugendkulturelle Ebene, auf der in Jugendklubs und -zentren oftmals Trends gesetzt oder zumindest beeinflusst werden; 3. die Ebene der politischen Sozialisation, auf der Jugendklubs als außerschulische Institutionen oftmals die ersten Orte sind, an denen verschiedene eigene Interessen erkannt, ausgehandelt und umgesetzt werden. Mitbestimmung und Partizipation an gesellschaftlichen Prozessen kann in außerschulischen Jugendeinrichtungen geübt und praktiziert werden, wenn entsprechende Rahmenbedingungen dies gestatten. In der Schule, wo Leistungsanforderungen im Mittelpunkt stehen, geht es in erster Linie um Wissensvermittlung und -aneignung. Die Interessen der Schülerinnen und Schüler sind dabei dem Erziehungsauftrag der Schule untergeordnet. Es geht vorrangig darum, dass eine bestimmte Anzahl von Schülerinnen und Schülern in einer bestimmten Zeit ein bestimmtes Wissen und bestimmte Fähigkeiten erworben haben soll. Neben der Schule und dem Elternhaus setzen sich Jugendliche vor allem innerhalb ihrer Freizeit untereinander auseinander. In einer demokratischen Gesellschaft, die davon lebt, dass ihre BürgerInnen sich verantwortlich fühlen und am gesellschaftlichen Leben aktiv teilnehmen, sind also Orte unerlässlich, an denen demokratisches und solidarisches Engagement und Verantwortungsbewusstsein vermittelt und gestärkt werden. Jugendarbeit hat somit den Auftrag zur außerschulischen >Erziehung< zu demokratischen Werten und Normen. Solche Orte, in denen dieser Auftrag und diese Verantwortung umgesetzt werden, sind Jugendfreizeiteinrichtungen. Genaugenommen kann zu demokratischen Werten nicht erzogen, sondern nur sozialisiert werden. Eine Jugendarbeit kann in diesem Sinne nur Umgebungen schaffen, die zur Annahme von demokratischen Werten motivieren so wie JugendarbeiterInnen Engagement lediglich fördern und unterstützen können.

Dieser Exkurs ist notwendig, wenn Jugendarbeit in der Praxis betrachtet wird. So wird in vielen Kommunen Jugendarbeit als freiwillige Aufgabe in der Form begriffen, dass die kommunale Jugendförderung in der realen Umsetzung oft einer immensen Mangelfinanzierung gleich kommt. Auch scheint nicht klar zu sein, dass die Umsetzung eines Erziehungsauftrages mit Fachlichkeit verbunden ist, die weder Ehrenamt noch Arbeitsbeschaffungsmassnahmen leisten können. Ohne bessere Rahmenbedingungen wird die Jugendarbeit gerade in den neuen Bundesländern immer mehr auf das Eigeninteresse, die Eigenverantwortung und das Eigenengagement von Jugendlichen hoffen müssen, ohne einen Einfluss darauf haben zu können, welche Interessen und welches Engagement sich dort organisiert – ob das nun demokratische oder neofaschistische sind. In einem Land, in dem es Jugendklubs gibt, die nur von rechtsextremen Jugendlichen genutzt werden, um sich zu organisieren, so wie auch Sportvereine von Rechtsextremen inzwischen schon genutzt werden, um Zugang zu Räumlichkeiten oder um Ausbildungen in Kampfsportarten zu erhalten, trägt die Jugendpolitik der Länder, wie auch die der Kommunen eine wesentliche Verantwortung für die Etablierung eines sogenannten rechten Mainstreams unter Jugendlichen. Die Bezeichnung >rechter Mainstream< beschreibt das Phänomen, das in vielen Kommunen in Ostdeutschland zu beobachten ist: es ist >in< rechts zu sein – Neofaschismus ist zu einer Modeerscheinung geworden. Diese Mode hat den Effekt, dass andere Jugendkulturen kaum wahrgenommen werden. Gleichzeitig wächst der Anpassungsdruck für Jugendliche an und die gesellschaftliche Akzeptanz von rechtsextremen Einstellungen.

Akzeptierende Jugendarbeit - der Versuch, Rechtsextremismus zu therapieren.

Der Umgang, der in den letzten Jahren mit dem Thema Rechtsextremismus gepflegt wurde, zeigt ganz deutlich, wie gefährlich ein vorschnelles Übertragen von Konzepten der Jugendsozialarbeit ohne Berücksichtigung der Spezifika der jeweiligen Situation sein kann. Statt eine offensichtlich unterrepräsentierte demokratische Jugendkultur zu fördern, wurden jahrelang alle Varianten der Akzeptierenden Jugendsozialarbeit ausprobiert: ein Versuch, die Täter zu reintegrieren, ein Versuch Rechtsextremismus zu therapieren. Dass der Versuch scheitern musste, liegt auf der Hand: die akzeptierende Sozialarbeit ist ein Konzept, das in den 70er Jahren entwickelt wurde, um einen Umgang mit offenen Drogenszenen und der damals erstmals vermehrt eingesetzten Repression gegen diese zu finden. Es sollte die Möglichkeit geschaffen werden, einen Zugang zu einem gesellschaftlich ausgegrenzten Klientel zu erhalten. Dafür wurde ihr sogenanntes delinquentes Verhalten (Drogenkonsum) zunächst akzeptiert, um sie durch eine Stabilisierung und durch entsprechende Pädagogik >eines besseren zu belehren<, ihnen >den Weg raus< zu zeigen, sie wieder >in die gesellschaftliche Mitte< zu holen. Dieses Konzept aus der BRD der 70er/80er Jahre wurde in den Osten Deutschlands der 90er Jahre übertragen und Drogenabhängigkeit durch Rechtsextremismus ersetzt. Die Unterschiede sind offensichtlich. Während Drogenabhängige wirklich eine isolierte Randgruppe darstellten, waren das Rechtsextreme im Osten Deutschlands nie gewesen. Während Drogenabhängigkeit noch als therapierbares Phänomen eingeordnet werden kann, ist das bei Rechtsextremismus absolut nicht haltbar. Und schließlich: während im Westen der BRD eine Struktur von Jugendeinrichtungen und ausgebildeten Fachkräften etabliert wurde, war das in den neuen Bundesländern nie der Fall. Leider wurden beim Übertragen der Akzeptierenden Jugendsozialarbeit von West nach Ost diese wesentlichen Unterschiede übersehen, was in der Endkonsequenz eine fatale Verschlechterung der Situation brachte: Anfang der 90er Jahre gab es im Osten Deutschlands erschreckend viele rechtsextreme Organisationsformen gerade unter Jugendlichen; es gab erschreckend viele Übergriffe auf Menschen, die zu sozialen Minderheiten gehören; es gab Pogrome, Überfälle und Brandanschläge auf Jugendklubs, Wohnheime von Asylsuchenden etc. Heute hat sich im Osten Deutschlands ein rechter Mainstream etabliert, eine rechtsextreme Jugendkultur sowie ein breiter gesellschaftlicher Konsens, der dies duldet und stillschweigend unterstützt. Weder hat sich die Zahl der Übergriffe auf Menschen aus sozialen Minderheiten minimiert, noch sind Brandanschläge und Übergriffe Rechtsextremer auf öffentliche Einrichtungen aus den Zeitungsmeldungen verschwunden. Die Folgen sind erschreckend: Rechtsextreme wurden real integriert,

salonfähig gemacht und haben so noch leichter ihren Weg in die gesellschaftliche Mitte geschafft. Das soll nicht heißen, dass die Anwendung eines falschen Konzepts allein solche dramatische Folgen haben konnte, oder der Akzeptierenden Jugendarbeit im Umkehrschluss solche Wirkung zuzurechnen ist. Auch andere Problemlösungsstrategien im Umgang mit Rechtsextremismus dienten weder als Vorbilder noch zeigten sie einen differenzierteren Umgang mit dem Thema. Die Pogrome von Rostock, Mölln und Solingen als ›Volkswille‹ zu interpretieren und daraufhin das Asylgesetz dramatisch einzuschränken, folgte der gleichen Logik: rechtsextreme Gedanken und Wünsche ernst nehmen, sie zu akzeptieren und damit gesellschaftlich zu rehabilitieren.

Lessons learned? Welche Forderungen lassen sich auf den verschiedenen Handlungsebenen für die Jugendarbeit im Umgang mit Rechtsextremismus ableiten?

Die individuelle Ebene der Wertevermittlung.

Um rechtem Mainstream etwas entgegen setzen zu können, muss es ein klares demokratisches und antifaschistisches Selbstverständnis der ›erziehenden‹ Personen geben. Ohne dieses können selbstverständlich auch keine demokratischen antifaschistischen Werte vermittelt werden. Des Weiteren ist konzeptionelles Arbeiten einer jeden Jugendeinrichtung Voraussetzung, um Werte und Ideale zu vermitteln. Dies setzt wiederum eine fachliche Auseinandersetzung mit dem Wirken und den angewendeten Methoden und Angeboten der Einrichtung voraus. Leider sind solche Konzepte oftmals nicht vorhanden. So diffus wie das Angebot und die Umsetzung in Jugendeinrichtungen oftmals ist, so unbestimmt und unwahrscheinlich ist die Vermittlung von Werten und Handlungsmöglichkeiten, die sich gegen rechtsextremistische Einstellungen und Handlungen abgrenzen. Angesichts der Dominanz rechtsextremer Jugendkultur lässt sich inzwischen die berechnete Forderung erheben, dass verantwortliche Personen in den Jugendeinrichtungen wissen, was Rechtsextremismus ist, wie er sich zeigt und welche jugendkulturellen Ausrichtungen darin oftmals zu finden sind. Das Erkennen von verfassungsfeindlichen rechtsextremistischen Symbolen gehört genauso dazu wie ein klares unmissverständliches Verhalten bei der Auseinandersetzung um solche Symbole. Das Tragen von verfassungsfeindlichen Symbolen und das Abspielen von verfassungsfeindlicher Musik hat mit Meinungsfreiheit nichts zu tun und ist auch nicht zu tolerieren. Beides gehört nicht in den öffentlichen Raum und erst recht nicht in eine Jugendeinrichtung. Wenn hier rechtsextreme Symbole, Liedtexte und Propaganda ungestört verbreitet werden können, so wird nicht die Akzeptanz des einzelnen Jugendlichen, sondern die Akzeptanz eines rechtsextremen Menschenbildes vermittelt. Das ist in der Frage der Wertevermittlung an Jugendliche schlichtweg katastrophal.

Die jugendkulturelle Ebene

Jugendzentren und -einrichtungen sind immer Orte, die einen Einfluss auf die örtliche jugendkulturelle Szene haben. Hier werden Trends gesetzt, etabliert oder beeinflusst – auf jeden Fall findet hier ein Aushandeln von Trends und Moden statt, zu denen neben Kleidung, Haarstyle und der dazugehörigen Sprache und Musik auch meistens bestimmte Identifikationen, Weltbilder und Ideale gehören. Diese verschiedenen Szenen und Trends sind unterschiedlich raumnehmend gegenüber anderen Trends. Das, was unter ›rechtsextremer Subkultur‹ oft zusammengefasst ist, bezeichnet die Jugendmode, die inzwischen in vielen Kommunen in den neuen Bundesländern dominierend ist: die Musiktexte beWERKZEUGEen menschenverachtende rechtsextreme Propaganda, die Kleidung ist sehr militärisch und oft mit rassistischen und menschenverachtenden Parolen bestückt. Das ganze Auftreten ist sehr martialisch und die Frisuren sind eher kurz. Zur Freizeitbeschäftigung gehört neben der Teilnahme an NPD Aufmärschen auch das Betonen der Gemeinschaft, in der man zusammenhält und in der sich gegenüber allem abgegrenzt wird und alle anderen ausgegrenzt werden, die nicht dazugehören. Mit inbegriffen ist dabei das Nicht-Dulden und Verdrängen von anderen Jugendlichen, die sich nicht dieser Ideologie unterordnen oder sich gar abgrenzend oder ablehnend positionieren. Keine zweite Jugendkultur kann neben einer rechtsextremen existieren. Nur selten sind in einer Stadt, in der sich eine sogenannte rechtsextreme Jugendkultur etablierte, noch weitere Jugendkulturen zu finden, es sei denn, sie waren in der Lage, sich gegen die tätlichen Angriffe zur Wehr zu setzen und zu behaupten. Dies ist ein zweiter Grund, warum es in der Verantwortung von LeiterInnen und Angestellten von Jugendeinrichtungen liegt, in Gruppen auftretenden rechtsextremen Jugendlichen den Zutritt zu der Einrichtung zu verwehren. Auch wenn das Auftreten der rechtsextremen Jugendlichen wenig politisch und wenig organisiert erscheint, so ist der Einfluss, den sie auf das kulturelle Klima im Jugendklub genauso wie auf das öffentliche Klima in der Stadt haben, verheerend: rassistische Sprüche werden ›chic‹, ausgrenzendes Verhalten wird normal und rechtsextreme Denkmuster finden ihren Weg in die gesellschaftliche Mitte. Gleichzeitig sind alternative Jugendkulturen nicht mehr wahrnehmbar, so dass Alternativen immer isolierter bzw. weniger vorhanden sind. Am Ende erscheint es, als sei die Mehrzahl der Jugendlichen ›rechts‹.

Die Ebene der politischen Sozialisation

Wird diese Ebene der Betrachtung in den Mittelpunkt gestellt, so zeigt sich auch hier die Unvereinbarkeit von öffentlichen Einrichtungen in einer sich demokratisch nennenden Gesellschaft mit rechtsextremem Klientel. Aushandlungsprozesse können nicht nach dem Prinzip ›der Stärkere setzt sich durch‹ stattfinden, wie es in rechtsextremen Gruppen passiert. Das geht an dem pluralistischen Gedanken, wie auch an dem Grundsatz des gleichen Rechts für alle Menschen, vorbei. Wenn Jugendliche in einem Jugendzentrum die Möglichkeit haben sollen, sich politisch zu sozialisieren, so müssen auch die dafür notwendigen Freiräume vorhanden sein. Diese sind nicht gegeben, wenn entweder rechtsextreme Jugendliche den Jugendklub dominieren können, oder wenn es im Jugendklub kaum Entscheidungsmöglichkeiten gibt. Deshalb ist es notwendig, dass Jugendeinrichtungen ihre Verantwortung, aber auch ihre Chance in der politischen Sozialisation Jugendlicher wahrnehmen.

Emanzipatorische/Partizipatorische Jugendarbeit -- eine Frage der Perspektive, des Menschenbildes und des politischen Verständnisses von Rechtsextremismus.

Es gibt wahrscheinlich unzählige viele Konzepte der Jugendarbeit, die deshalb so verschieden sind, weil es unter den Fachkräften keinen Konsens über das Klientel, das angesprochen werden soll, wie auch über die Aufgaben und Ziele von Jugendarbeit gibt. Das mag zwar verwundern, aber es zeigt auch sehr deutlich, in welchen Spannungsfeldern sich Jugendarbeit bewegt. Wie oben bereits beschrieben, sind in Jugendeinrichtungen Fachkräfte genauso selten wie Konzepte, nach denen die Einrichtungen arbeiten. Diese konzeptionellen Lücken der Einrichtungen selbst werden oft gefüllt durch Erwartungshaltungen, die von kommunaler – oft geldgebender – Seite formuliert werden. Da wird die Jugendarbeit zu Hilfe gerufen und regelrecht in die Pflicht genommen, wenn jemand Drogen konsumiert, wenn es sogenannte ›jugendliche Randalere‹ gibt, wenn Rechtsextreme an den Schulen auftauchen oder wenn in der Innenstadt zu viele Fahrräder gestohlen werden. Jugendarbeit wird hier zur ›Sozialfeuerwehr‹ funktionalisiert. Dies folgt der Logik, dass Jugendarbeit, für die schließlich Geld ausgegeben wird, ja auch irgendwas ›bringen‹ muss. Eine gesellschaftliche Verantwortung, Räume zu schaffen, in denen Jugendliche die Möglichkeit haben, sich zu mündigen BürgerInnen dieser Gesellschaft zu entwickeln, wird in dieser Argumentation völlig ausgeblendet. Jugendzentren sind aus dieser Perspektive für Problemfälle da, die ›von der Straße geholt werden müssen‹, damit sie unter Kontrolle sind, damit sie integriert werden können. Aus der gleichen Logik heraus wurden die Präventionskonzepte entwickelt, die eine Zusammenarbeit von Schule, Jugendarbeit und Polizei fordern, um eine eventuelle Kriminalität, die von Jugendlichen ausgehen könnte, einzudämmen. Jugend wird damit zum Problemfall und nicht zur Chance. Wenn sich diese Perspektive durchsetzt, so sind die in den 70er Jahren in der BRD erkämpften Freiräume wie selbstverwaltete Jugendzentren oder alternative Konzepte emanzipatorischer Jugendarbeit, pass̄. Jugendarbeit wird dann durch Jugendsozialarbeit ersetzt. Eine andere Perspektive, Jugend und damit auch Jugendarbeit zu begreifen, ist die der emanzipatorisch/partizipatorischen Jugendarbeit. Hier sind die einzelnen Jugendlichen nicht Problem- oder Sozialfälle sondern gleichberechtigte PartnerInnen. Jugendarbeit ist hier ebenso eine kommunale Aufgabe, fungiert aber nicht als ›Sozialfeuerwehr‹, sondern als Unterstützung, Chance oder Möglichkeit für Jugendliche, in ihrer Entwicklung zu mündigen, verantwortungsbewussten und solidarischen Menschen. Jugend wird als Chance begriffen und Jugendarbeit muss unabhängig von Schule, Elternhaus und erst recht von Polizei begriffen werden. Denn innerhalb von Jugendarbeit kann es nicht darum gehen, den Jugendlichen möglichst schnell zu überführen, sondern möglichst gut zu unterstützen und auf seine/ihre Bedürfnisse einzugehen. Es ist Ziel, emanzipierte und an gesellschaftlichen Prozessen aktiv teilnehmende Menschen zu ›erziehen‹, bzw. ihnen den Raum zu lassen, sich zu genau solch einem Menschen zu entwickeln.

Im Umgang mit Rechtsextremismus werden rechtsextreme Jugendliche ebenso wie andere Jugendliche als bewusst und absichtlich handelnde Personen ernst genommen. Aus dieser Perspektive heraus macht es keinen Sinn, sich um diese Täter mit sozialtherapeutischen Maßnahmen zu bemühen, da sie Täter und nicht Opfer der Situation sind. Es ist sinnvoll, die betroffenen Menschen und Menschengruppen (MigrantInnen, AusländerInnen, Behinderte, Obdachlose...) zu stärken und eine gesellschaftliche Solidarisierung einzufordern. Denn oftmals wird vergessen, dass ein rassistischer Angriff nicht nur Ausdruck einer gesellschaftlich marginalisierten Position der Betroffenen ist, nicht nur körperliche und psychische Schäden mit sich bringt, sondern auch eine gesellschaftliche Stigmatisierung als ›Opfer‹ und damit einhergehende zusätzliche Ausgrenzung bedeutet. Jugendarbeit muss die gesamtgesellschaftliche Dimension dieser Ausgrenzungproblematik selbstverständlich aufgreifen und gleichzeitig jedes Engagement Jugendlicher unterstützen, das sich gegen Rassismus und Neofaschismus wendet. In einer Situation, in der sich Jugendliche als rechtsextrem definieren, gibt es offensichtlich einen Mangel an demokratischer Attraktivität. Daher muss eine demokratische Jugendkultur gestärkt werden, um Alternativen vom rechtsextremen Mainstream wieder lebbar zu machen.

2. Beispiel Zittau: Ein fehlgeschlagener Versuch der Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen

von Emma Schaaf

Das Haus Nr. 8 in der Südstraße in der kleinen sächsischen Stadt an der Grenze zu Polen und der Tschechischen Republik ist eine Besonderheit in der BRD. Es ist seit neun Jahren die Adresse des Nationalen Jugendblocks Zittau (NJB). Am 25.10.2001 fällte der Zittauer Stadtrat die Entscheidung, eben dieser, laut Verfassungsschutzbericht »aktiven neonationalsozialistischen Organisation«, das Haus per Erbbaupachtvertrag für 33 Jahre zu überstellen.

Aber der Reihe nach: Der NJB ist eine Organisation, die sich 1992 gegründet hat und ungefähr 20, zumeist junge Rechte als harten Kern sowie weitere Sympathisanten umfasst. Er ist über Zittau hinaus besonders in Ostsachsen aktiv und eine wichtige Anlaufstelle für Rechte nicht nur aus der Region, sondern auch für andere rechtsextremistische Gruppierungen und Skinheads aus ganz Deutschland. Der sächsische Verfassungsschutz berichtet, dass Jugendliche in der Südstraße Nr. 8 »Zugang zum organisierten Rechtsextremismus« finden und dort die Möglichkeit haben, rechtsextremistisches Gedankengut auszutauschen. Neben der Organisation von Festen, Konzerten, bei denen häufig rechtsextreme Skinheadbands auftreten und mit deren Hilfe laut Verfassungsschutzbericht 2000 »nationalgesinnte Jugendliche gesammelt werden sollen«, beteiligt sich der NJB auch an der Vorbereitung von und der Mobilisierung für überregionale Aktivitäten, häufig in Zusammenarbeit mit der NPD. Ein Beispiel hierfür ist der Holger-Müller-Gedenkmarsch, der jedes Jahr Anfang Juli stattfindet und für den laut Neues Deutschland vom 22.10.2001 die Südstraße 8 Organisationsstützpunkt ist. Mit diesem Marsch erinnern Neonazis an Holger Müller, der am 5.7.1992, nachdem er zusammen mit zwei anderen Neonazis MigrantInnen gejoint und bedroht hatte, in Notwehr von einem Asylbewerber mit seinem eigenen Messer erstochen wurde. Der Asylbewerber wurde in dem darauffolgenden Gerichtsprozess freigesprochen. Gerade bei diesem Aufmarsch werden Verbindungen zur bundesweiten Neonaziszene deutlich. 1999 nahm

Christian Worch, führender Funktionär der Freien Kameradschaften Norddeutschland teil; im vergangenen Jahr Frank Schwerdt, NPD-Landesvorsitzender in Thüringen, NPD-Bundesgeschäftsführer und Bundesvorstandsmitglied der NPD.

Anfang Mai diesen Jahres nun wurde dem NJB der Mietvertrag für das Haus in der Südstrasse mit der städtischen Wohnbaugesellschaft gekündigt, angeblich wegen Baufälligkeit des zugegebenermaßen heruntergekommenen Hauses. Allerdings spricht einiges dafür, dass es sich hier um eine politische Entscheidung handelte, um das Image der Stadt rechtzeitig zum Tag der Sachsen wiederherzustellen. Immerhin berichtete bereits im Januar diesen Jahres der »Spiegel«, wie »fahrlässig und gedankenlos« in Zittau Neonazis unterstützt werden. Der NJB ließ diese Entscheidung allerdings nicht auf sich sitzen. Mit Transparenten am Haus und in Flugblättern wehrte er sich gegen die mögliche Schließung und drohte in Flugblättern damit, dass man »keinerlei Verantwortung für das Handeln einzelner Personen« übernehme. Für das »Augen auf«-Wochenende gegen Rechts Ende Mai, bei dem Kulturveranstaltungen und Vorträge zum Thema Fremdenfeindlichkeit stattfanden, drohte der NJB mit Gegenaktivitäten unter dem Motto »Augen auf – gegen Links«.

Die Stadt kapitulierte vor den Nazis, ein privater Hausbesitzer hatte zudem den Neonazis die Nutzung seiner Villa in der Lessingstrasse angeboten. In der Lessingstrasse hatte bis zur Pogromnacht 1938 die jüdische Synagoge gestanden. Dieser Fakt fiel bei der Begründung der Ablehnung des Umzugs seitens der Stadt allerdings unter den Tisch, es wurden die dichte Besiedlung, AnwohnerInnen, die sich in ihrer Ruhe gestört fühlen könnten und mangelnde Kontrolle über die Aktivitäten des NJB angeführt. Zunächst wurde die Kündigungsfrist für den Vertrag mit der Wohnungsbaugesellschaft von Ende Juli auf Ende Oktober verlängert. Nach einigen Überlegungen, ein neues Haus zu suchen, entschied sich die Stadt dann doch für das Grundstück in der Südstrasse 8. Sie tauschte dieses Grundstück mit der Wohnungsbaugesellschaft gegen zwei andere städtische. Auch der neue Oberbürgermeister Arnd Voigt (Freie Bürger), der im Juni in sein Amt gewählt wurde und sich während der Wahlkampfs noch dafür ausgesprochen hatte, den rechten Kern zu isolieren, war nun dafür, den Nazis das Haus zu überlassen. Im Oktober entschied der Zittauer Stadtrat mit 22 zu 7 Stimmen in geheimer Abstimmung, dem NJB das Haus in der Südstrasse 8 für 33 Jahre per Erbbaupachtvertrag zu überlassen. Auch ein offener Brief des »Bündnis für Demokratie und Toleranz« des Bundestages an die Stadt Zittau konnte deren Entscheidung nicht beeinflussen. Der Beirat, in dem Mitglieder aller Bundestagsfraktionen vertreten sind, hielt die Entscheidung »ein städtisches Gebäude per Erbpacht bereitzustellen (...) für schier unfassbar«. Mit diesem Erbbaupachtvertrag geht das volle Nutzungsrecht und die Zuständigkeit für den baulichen Unterhalt an den NJB, dieser wird gleichzeitig auch befähigt, Kredite aufzunehmen, um das Haus zu sanieren. Im Gegensatz zu einem Mietvertrag verursacht ein Erbbaupachtvertrag der Stadt weniger Kosten.

Damit erlangt Zittau traurige Berühmtheit als einzige bundesdeutsche Stadt, die einer neonationalsozialistischen Organisation städtisches Eigentum für einen derart langen Zeitraum überlässt. Zusätzlich dazu hat der Jugendhilfeausschuss dem NJB 8000 DM zur baulichen Sicherung des Objektes zugesprochen. Obwohl in der bundesdeutschen Erbbaurechtsverordnung steht, dass das Erbbaurecht »nicht durch auflösende Bedingungen beschränkt werden darf«, meint die Stadt, unter bestimmten Vorzeichen den Vertrag doch lösen zu können, beispielsweise für den Fall, dass die NPD verboten wird oder sich der NJB nicht an seine neue Vereinssatzung hält. Im Zuge der Verhandlungen um das Haus Südstrasse 8 hatte der NJB in Zusammenarbeit mit den städtischen Behörden eine neue Vereinssatzung und ein Nutzungskonzept für das Haus vorlegen müssen, was den Sozialbürgermeister Jürgen Löffler, der für soziale Fragen innerhalb der Stadt Zittau verantwortlich ist, gegenüber der Sächsischen Zeitung zu der Aussage veranlasste, dass der NJB sich geändert und eine zweite Chance verdient habe. Das Haus muss ab sofort ein offenes Jugendhaus sein, von dem keinerlei Gewalt ausgehen darf. Außerdem darf der Verein nicht mehr im Verfassungsschutzbericht auftauchen. Vereinszweck ist es jetzt, das »Umweltbewusstsein der Jugendlichen zu stärken«, über Drogenprobleme aufzuklären und zu gewaltfreier Konfliktlösung zu befähigen. Inwieweit diese Vorhaben in die Tat umgesetzt werden, bleibt abzuwarten. Der NJB gilt nach wie vor als überwachungswürdige Organisation und entgegen Behauptungen des Stadtrats Winfried Bruns gegenüber der Sächsischen Zeitung sind in dem Haus immer noch verbotene rechte Symbole, wie eine Keltenkreuzfahne, eine kleine Hakenkreuzmalerei und eine Reichskriegsfahne vorhanden. Das sächsische Innenministerium beklagte, dass Vorschläge der Polizei und des Verfassungsschutzes nicht in die Entscheidungsfindung der Stadt Zittau einbezogen wurden.

Alle bisherigen Versuche, die rechten Jugendlichen in der Südstrasse 8 unter Kontrolle zu bringen, können als gescheitert angesehen werden. So ist von den anfangs drei SozialarbeiterInnen nach Streichungen des Landkreises nur noch einer übrig und selbst dieser soll möglicherweise 2002 von der Arbeiterwohlfahrt zurückgezogen werden. »Wenn die jetzige Tendenz hin zu einem offenen Jugendhaus rückläufig wird, dann steigen wir aus«, so Johannes Krüger, der seit sieben Jahren als Sozialarbeiter in dem Objekt tätig ist. »Darüber hinaus bedarf es jetzt neuer Formen des Umgangs mit den Jugendlichen, dabei sollte auch darüber nachgedacht werden, neue Leute und Ideen einzubeziehen.« Grundsätzlich muss man sich allerdings die Frage stellen, welchen Einfluss diese SozialarbeiterInnen auf die Jugendlichen, die in der Südstrasse 8 ein- und ausgehen, überhaupt haben. So äußerte Stadtrat Schoof gegenüber der Frankfurter Rundschau, dass Sozialarbeiter nur gebraucht würden, »wenn einer von denen Schulden habe.(...) Wenn es interessant wurde, wenn die jungen Neonazis sich zusammenhockten, diskutierten oder planten, feierten oder tranken, dann ist immer dasselbe passiert: Dann haben die den Sozialarbeiter vor die Tür gesetzt.« Der SPD-Stadtrat war selbst zwei Jahre als Sozialarbeiter in der Südstrasse 8 tätig. Johannes Krüger hält dagegen, »dass ein Sozialarbeiter natürlich nicht stets und ständig in dem Haus anwesend sein kann. Möglich ist in erster Linie klassische sozialarbeiterische Beratung und darüber hinaus möchte ich ein Klima schaffen, in dem Gespräche zwischen Politik, breiten Teilen der Öffentlichkeit und den Jugendlichen möglich sind.« Wie erfolgreich er damit ist, ließ er offen. Hagen Kreisel, ein Mitarbeiter des AMAL Beratungsteams, das Opfer rechter Gewalt in Ostsachsen betreut, weist darüber hinaus darauf hin, dass »beim NJB noch hinzukommt, dass es sich bei den Mitgliedern

des Vereins und dessen Umfeld vorrangig um erwachsene Menschen handelt, die mit den Methoden der Jugendarbeit kaum erreicht werden können.«

Die Stadt hat die Verantwortung von sich geschoben, indem sie auf Polizei, Staats- und Verfassungsschutz verweist, der das Geschehen in der Südstrasse 8 überwachen soll, die Stadträte müssten lediglich bestimmen, wo der NJB hinziehen soll. Und das in dem Wissen, dass der Verfassungsschutz den Räumen, die dem NJB zur Verfügung stehen, eine Schlüsselstellung als Treffpunkt für die Neonazis zuweist. Darüber hinaus ging von dem Haus in der Vergangenheit sowohl Propaganda, die den Holocaust leugnet, als auch Gewalt aus, so waren zum Beispiel Mitglieder des NJB an einem Überfall auf eine Party von Schwulen und Lesben und auf das alternative Café Emil im Jahr 1999 während des Zittauer Stadtfestes beteiligt. Bei Hausdurchsuchungen der Polizei wurden antisemitische Pamphlete, Nazi-Videos und indizierte CDs beschlagnahmt (Frankfurter Rundschau, 27.10.01).

Kritische Gegenstimmen

Gegenstimmen wurden von verschiedener Seite laut, so forderte das autonome internetkollektiv ostsachsen (a.i.k.o.), Nazis keine öffentlichen Räume zur Verfügung zu stellen. Auch die DGB-Jugend sowie die Landesvorsitzende der PDS, Cornelia Ernst, und der zivilcouragierte Verein »Augenauf« äußerten sich kritisch gegenüber dem Vorhaben, dem NJB das Haus Südstrasse 8 zu überlassen. So forderte die DGB Jugend vor der Entscheidung am 25.10. den Stadtrat auf, seine Entscheidung nochmals zu überdenken und ist darüber hinaus der Meinung, dass gewaltbereite Neonazis nicht mit eigenen Jugendclubs zu befrieden sind. Cornelia Ernst hält den NJB für nicht förderungsfähig und befürchtet, dass mit der Überschreibung des Grundstücks in der Südstrasse 8 Rechten ein weiteres Wirken in Ostsachsen möglich gemacht wird. Der Verein »Augenauf« hat sich auf seiner Homepage gegen den NJB positioniert und fordert neben der Ablehnung des Erbbaupachtvertrages auch einen »Abbruch der unendlichen erfolglosen Geschichte der akzeptierenden Jugendarbeit«. Doch all die Proteste haben bislang nichts genützt. Das Mobile Beratungsteam Sachsen, ein vom Bundesjugendministerium gefördertes Projekt, das Kommunen, Betriebe und Bildungseinrichtungen bei Problemen mit Rechtsextremismus und Rassismus berät, legt der Stadt nahe, dass »weder ein Erbbaupachtvertrag noch ein Mietvertrag mit dem NJB der richtige Weg ist. Was ist das denn für eine Vorstellung von Demokratie, eine nachweislich rechtsextreme Organisation wie den NJB als Vertrags- und Verhandlungspartner zu akzeptieren? Es ist ein Bruch im politischen Umgang mit Rechtsextremen nötig. Für das Haus Südstrasse 8 heißt das konkret, eine neue Trägerstruktur zu schaffen und einen Neuanfang in der Jugendarbeit zu vollziehen. Dieses Haus kann unmöglich zu einem offenen Jugendhaus werden, wenn der NJB dort weiter aktiv ist.«, so Markus Kemper, ein Mitarbeiter des Mobilen Beratungsteams (MBT). Das MBT versucht weiterhin die kritischen und besorgten Stimmen in der Stadt zu bündeln und der Politik und Verwaltung alternative Vorschläge zu unterbreiten. Auch Hagen Kreisel (AMAL) fordert die Stadt Zittau auf, »zum jetzigen Zeitpunkt den NJB, so lange er sich nicht glaubhaft und überprüfbar mit seiner Geschichte auseinandergesetzt und von ihr distanziert hat, zu isolieren und ihm das Nutzungsrecht des Hauses zu entziehen. Parallel sollte mensch über ein fundiertes Alternativangebot für die jüngeren Mitglieder der rechten Szene nachdenken. Damit wäre ein öffentliches Zeichen gesetzt, dass die kommunalen Verantwortungsträger nicht gewillt sind, eine wie auch immer geartete Unterstützung für rechtsradikale und demokratiefeindliche Umtriebe zu leisten.«

Ursprünglich sollte der Erbbaupachtvertrag mit dem NJB noch diesen Monat unterzeichnet werden, zur Zeit liegt er jedoch auf Eis, da ein Stadtrat den Beschluss bei der Rechtsaufsichtsbehörde wegen Formfehler beanstandet hat. Die muss nun prüfen, ob der Vertrag überhaupt rechtsgültig ist. Der NJB hat nun das Nutzungsrecht vorerst für zwei Monate von der Stadt übertragen bekommen.

Links zum Thema

Gegeninitiativen:

<http://members.tripod.de/eulenpau/>

<http://www.dvg-zittau.de.vu/>

Presseartikel:

Frankfurter Rundschau

Artikel in der Süddeutschen: [1](#), [2](#), [3](#), [4](#), [5](#), [6](#) ... mehr Artikel im SZ Archiv unter dem Stichwort »NJB«.

Neues Deutschland

3. Interview mit Hagen Kreisel (AMAL)

Interview mit Hagen Kreisel, Mitarbeiter des AMAL-Teams zur Beratung von Betroffenen rechter Gewalt in Ostsachsen

Wieso glaubst du, dass das Konzept der akzeptierenden Jugendsozialarbeit gerade in Zittau nicht funktionieren kann?

Das Konzept richtete sich ursprünglich an Randgruppen, die von Ausgrenzung und Stigmatisierung betroffen waren und von der Mehrheitsbevölkerung als Problem angesehen wurden, z.B. Punks und Drogenabhängige. Rechte Jugendliche verstehen sich aber nicht als Randgruppe, sondern eher noch – wenn sie Täter werden – als Vollstrecker eines eingebildeten Volkswillens. Ihre Werte und ihre Art zu leben stehen nicht im eklatanten Widerspruch zu weiten Teilen der Bevölkerung. Das sehen mittlerweile auch einige Begründer des Konzepts,

z.B. Prof. Krafeld, so, die seit Jahren – vor allem nach den vielen gescheiterten AgAG-Projekten – davor warnen, das Konzept einfach auf rechte Jugendliche in Ostdeutschland zu übertragen. Beim NJB kommt hinzu, dass es sich bei den Mitgliedern des Vereins und dessen Umfeld vorrangig um erwachsene Menschen handelt, die mit den Methoden der Jugendarbeit kaum erreicht werden können. Wenn mensch dem Konzept eine Chance gibt, dann meiner Meinung nach nur, wenn ganz klare Kriterien aufgestellt werden, z.B. – Transparenz für die Öffentlichkeit, welche Methoden werden eingesetzt, wie werden Mittel verwendet, welche überprüfbaren Ziele werden gesetzt usw. – mit welcher Analyse rechter Einstellungen, damit ist gemeint, wie Menschen zu rechten Überzeugungen kommen, gehen die Professionellen ans Werk – was sind die Grenzen des Konzepts, an welchen Punkten muss es als gescheitert angesehen werden, wie wird z.B. mit Kadern oder Straftaten umgegangen – welche fachliche Qualifikation haben die eingesetzten Sozialarbeiter, arbeiten sie im Team, ist die wissenschaftliche Begleitung, Supervision, Weiterbildung etc. gesichert An all diesen Punkten haben die Verantwortlichen in Zittau versagt, also der Träger, die Arbeiterwohlfahrt, und die Kommune bzw. andere Mittelgeber.

Was schlägst du als Alternative zum bisher gefahrenen Konzept vor?

Einer Gruppe wie sie der NJB und dessen Umfeld darstellt, darf kein öffentlicher Raum zur Verfügung gestellt werden. Er darf als Verhandlungspartner solange nicht akzeptiert werden, wie er sich nicht glaubhaft und überprüfbar mit seiner Geschichte auseinandergesetzt und von seinem bisherigen Erscheinungsbild und - auftreten distanziert hat. Zum jetzigen Zeitpunkt schlage ich die Isolierung des NJB vor. Das Haus muss seinem Zugriff entzogen werden. Parallel sollte mensch über ein fundiertes Angebot für die jüngeren Mitglieder der Szene nachdenken. Damit wäre ein öffentliches Zeichen gesetzt, dass die kommunalen Verantwortungsträger nicht gewillt sind, eine wie auch immer geartete Unterstützung für rechtsradikale und demokratiefeindliche Umtriebe zu leisten. Ein solches Zeichen wäre auch für all jene Initiativen und Vereine in Zittau und darüber hinaus wichtig, die sich seit Jahren darum bemühen, rechten Tendenzen etwas entgegen zu setzen, indem sie eine engagierte und oftmals unbezahlte Arbeit in den Bereichen Jugendkultur, Kunst, politische Bildung, Unterstützung von Flüchtlingen usw. leisten. Das Haus in der Südstrasse sollte öffentlichkeitswirksam mit deutlich anderen WERKZEUGEN gefüllt werden. Das wäre ein Beitrag zur Wiedergutmachung jahrelanger Fehler. Es würde allerdings einiges an Anstrengung bedeuten, müsste von verschiedenen Initiativen mit offensiver Unterstützung der Kommune getragen sein und nötigenfalls auch gegen den Widerstand Rechtsradikaler durchgesetzt werden. Sonst sollte das Haus zumindest irgendeiner Bestimmung zugeführt werden, die für die Rechten absolut unattraktiv ist – oder aber abgerissen werden. Natürlich werden die Akteure des NJB damit nicht verschwinden, aber es ist wichtig öffentlich gegen sie – und das heißt in erster Linie gegen das von ihnen vertretene Weltbild – Stellung zu beziehen und ihre Strukturen wo immer möglich zu schwächen.

Gibt es zu dem jetzigen Zeitpunkt noch Möglichkeiten, den Entschluss rückgängig zu machen oder zumindest die Stadt Zittau für diese Entscheidung zur Verantwortung zu ziehen?

Also momentan läuft noch die Rechtsaufsichtsbeschwerde vom fraktionslosen Stadtrat Winfried Bruns, da keine Expertenanhörung vor einer solch wichtigen Entscheidung gemacht wurde und die Abstimmung wohl nicht auf der Tagesordnung stand. Ob die Umwandlung in einen Mietvertrag noch möglich ist, weiß ich nicht. Ich denke aber, ein neuer Beschluss durch den Stadtrat ist prinzipiell immer möglich. Leider ist das aber total unwahrscheinlich, weil das voraussetzt, dass sich dessen Mitglieder in hohem Maße offen für Kritik zeigen und sich selbst in Frage stellen.

4. Interview mit dem Netzwerk für Demokratie und Courage e.V.

Das Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) ist ein Verein, der seit dem Jahr 2000 in der Jugendbildungsarbeit gegen Rechts aktiv ist. Das Netzwerk besteht aus verschiedenen gewerkschaftlichen und kirchlichen Initiativen, Jugendverbänden und aktiven Einzelpersonen. Gestartet wurde das Projekt in Sachsen, von wo aus es sich weiter verbreiten soll. Insgesamt sind im NDC 17 hauptamtliche MitarbeiterInnen tätig, hinzukommen einige ABM-Stellen. Finanziert wird das Projekt zu 64% aus dem Europäischen Sozialfond »Xenos«, die restlichen 36% kommen jeweils von verschiedenen Initiativen, die im NDC vernetzt sind, hauptsächlich jedoch vom DGB.

Wir sprachen mit Erik Wolf und Peter Streubel von der Landesnetzstelle Sachsen des NDC.

Ihr bietet Projektschultage unter dem Motto »Für Demokratie Courage zeigen« an. Was genau verbirgt sich dahinter? Wen wollt Ihr mit diesem Projekt ansprechen bzw. wer kann mitmachen?

Die Projektschultage heißen jetzt Projektstage, weil wir nicht nur Schülerinnen und Schüler in den allgemeinbildenden Schulen erreichen wollen, sondern auch Auszubildende in den Betrieben und Berufsschulen und junge Leute in Jugendclubs und ähnlichen Jugendeinrichtungen. Im Moment gibt es drei verschiedene Projektstage: Der Projekttag A hat den Schwerpunkt Flucht und Migration, der Projekttag B hat die Schwerpunkte Macht, Autorität und Gehorsam und der Projekttag C beschäftigt sich hauptsächlich mit den Themen Jugend und Jugendkulturen sowie Dominanzkultur. Darüber hinaus bieten wir z.B. auch Pädagoginnen und Pädagogen unsere Dienstleistungen an, helfen ihnen durch Vermitteln von Argumenten gegen rassistische Vorurteile oder beim Erkennen von Nazisymbolen.

Die Projektstage werden bei uns von Jugendlichen durchgeführt und um Teamer oder Teamerin zu werden,

absolvieren Interessierte bei uns eine einwöchige Schulung. Nach einer Hospitation bei einem Projekttag werden sie das erste Mal gemeinsam mit einer oder einem erfahrenen Teamer eingesetzt. Unsere Team besteht vor allem aus Studentinnen und Studenten, aber auch Azubis und arbeitslosen Jugendlichen. Unser Motto heißt ja auch »Jugend für Jugend«.

Was sind die Ziele, die ihr mit diesen Projekttagen erreichen wollt?

Die Projekttag sind ein Mittel, um mit Jugendlichen ins Gespräch zu kommen. Viele Schülerinnen und Schüler haben sich noch nie mit Themen wie Rassismus oder Gewalt beschäftigt, im Unterricht spielen solche Dinge kaum eine Rolle. Dementsprechend gibt es viele Vorurteile und große Wissensdefizite bei den meisten Jugendlichen. Hier können wir durch gezielte Aufklärung wirken. Wir wollen, dass sich die Schülerinnen und Schüler – oftmals zum ersten Mal überhaupt – mit der Thematik befassen und einen Diskussionsprozess in den Klassen anschieben, der vielleicht auch nach unserem Besuch in der Schule fortgesetzt wird.

Was waren bzw. sind für Euch Gründe antirassistische Bildungsarbeit zu machen?

Wir haben festgestellt, dass es wichtig ist, antirassistische Positionen zu beziehen. Oft sind wir die einzigen, die nicht mit vorherrschenden rassistischen Meinungen konform gehen. Rassismus soll nicht als normale Haltung stehen bleiben. In der schulischen Bildung gibt es gerade in diesem Bereich große Defizite, die wir zwar nicht ausräumen, aber immerhin thematisieren können.

Ich stelle mir es eher schwer vor, innerhalb von sechs Unterrichtsstunden, die ja ein Projekttag dauert, gefestigte Nazis von ihrer Überzeugung abzubringen. Wen wollt Ihr mit den Projekttagen in erster Linie ansprechen?

Wir wollen in erster Linie nicht-rechte Jugendliche erreichen und denen, die sich antirassistisch positionieren, den Rücken stärken. Natürlich sind sechs Unterrichtsstunden ein begrenzter zeitlicher Rahmen. Wir maßen uns auch nicht an, die Jugendlichen, die bereits eine gefestigte rechte Meinung haben, an einem Tag bekehren zu können. Wir wollen Jugendliche mit Fakten und Argumenten dazu bewegen, sich mit dem Thema Rassismus zu beschäftigen bzw. denen, die das schon machen, dabei helfen, eine nicht-rechte Meinung zu vertreten und couragiert gegen Rassismus und rechtes Gedankengut aufzutreten.

Welche Erfahrungen habt Ihr in den Klassen gemacht? Wie nehmen Schüler und Schülerinnen die Thematik auf? Sind sie offen, sich über Themen wie rechte Gewalt, Rassismus und Demokratie zu informieren und auch darüber zu diskutieren?

Natürlich gibt es Unterschiede zwischen den Gruppen. Aber meistens wird uns ein großes Interesse entgegengebracht. Das liegt nicht zuletzt auch an den Methoden, mit denen wir die WERKZEUGE umsetzen. Vieles wird auf spielerische Art erfahrbar gemacht, Interaktion und Beteiligung ist immer möglich und gewollt. Die Schülerinnen und Schüler sind froh darüber, einen Projekttag jenseits vom im Schulalltag üblichen Frontalunterricht zu erleben und darüber, dass sich das anwesende Team für ihre Meinung interessiert und sie ernst nimmt. Das Wissen bei den Schülerinnen und Schüler über die von uns angesprochenen Themen ist oft erschreckend gering; genauso oft sind uns aber Jugendliche dankbar, dass wir gemeinsam mit ihnen genau darüber diskutiert und ihnen diesbezügliche Informationen geliefert haben.

Wie geht Ihr mit offensichtlich Rechten, also Schülerinnen oder Schülern, die sich als solche zu erkennen geben, um?

Das ist von Fall zu Fall unterschiedlich. Natürlich nehmen sie an den Projekttagen teil, solange sie sich an die Spielregeln halten. Unsere Teamerinnen und Teamer sorgen dafür, dass sie beispielsweise in den Diskussionen nicht als Meinungsführer auftreten können. Allerdings ist es oftmals so, dass die Rechten über bestimmte Dinge genau Bescheid wissen und ideologisch gefestigt sind, was unsererseits eine stichhaltige Gegenargumentation erfordert. Wer allerdings massiv stört oder während unserer Anwesenheit rechte Parolen äußert, kann in Extremfällen auch von unserem Projekttag ausgeschlossen werden.

Gibt es diese Projekttag nur in Sachsen?

Die Projekttag werden seit längerem auch in Berlin und Brandenburg durchgeführt. In den weiteren neuen Bundesländern laufen sie gerade an, so dass im Jahr 2002 ostdeutschlandweit Projekttag angeboten werden. Doch sie sollen auch auf die alten Bundesländer ausgeweitet werden. So hat im Oktober diesen Jahres auch in Baden-Württemberg schon die erste Teamschulung stattgefunden.

Wie kann ich selbst Teamerin werden?

In allen ostdeutschen Bundesländern finden Seminare zur Teamausbildung statt. Die genauen Termine und Orte können Interessierte unter mail.an.ndc@web.de abfragen. Man braucht keine pädagogische Ausbildung. Was zählt, sind Interesse und Engagement.

Sind die Projekttag das einzige, was das Netzwerk für Demokratie und Courage organisiert?

Die Organisation der Projekttag, das Entwickeln neuer Projekttagskonzepte und die Begleitung der ehrenamtlichen Teamerinnen und Teamer sind die Hauptschwerpunkte unserer Arbeit. Darüber hinaus wollen wir versuchen, kompetente Partner aus dem Bereich der antirassistischen Arbeit zu vernetzen. In vielen Fällen

wird das bedeuten, den Jugendlichen bei Bedarf Kontakte zu anderen Vereinen, Gruppen und Initiativen zu vermitteln. Vernetzung bedeutet für uns aber auch, gemeinsam mit unseren Partnern Aktionen und Veranstaltungen über die Projektstage hinaus zu konzipieren und durchzuführen. Das Netzwerk ist dabei nur als die Hülle, die Struktur zu verstehen, in der die verschiedenen Akteure zusammenarbeiten.

Welche Perspektiven seht Ihr für das Netzwerk?

In erster Linie werden wir an der Umsetzung unserer Projektstage arbeiten. Das beWERKZEUGEet selbstverständlich die Überarbeitung und Neukonzeption von Projekttagen. Des weiteren ist es uns wichtig, in den drei Jahren die wir durch Xenos und unsere Kooperationspartner finanziert werden, einen Austausch zwischen verschiedensten Initiativen aufzubauen, der nachhaltig und über diese drei Jahre hinaus wirkt. Dabei ist es uns nicht so wichtig die Struktur »NDC« weiter auszubauen und aufzublähen, vielmehr geht es um praktische Unterstützung und Zusammenarbeit antirassistischer Initiativen.

5. Aktion Analyse

Das antirassistische Jugendbündnis Aktion Noteingang initiiert einen Wettbewerb. Jugendliche aus Brandenburg werden aufgefordert, sich mit Rassismus und rechten Strukturen in ihren Städten und Dörfern auseinander zu setzen, das Verhalten der Behörden zu durchleuchten und die Situation von Flüchtlingen zu hinterfragen. Die Ergebnisse der Recherchen können in Form von Text, Fotos, Videos bzw. Interviews eingereicht werden. Eigene Aktionen, wie z.B. Podiumsdiskussionen, Konzerte etc. sollen durchgeführt werden. Alle Teilnehmer werden prämiert. Zu gewinnen gibt es z.B. eine Reise ins europäische Ausland und Sachpreise wie bspw. PC-Ausrüstung, Bücher. Einsendeschluss ist der 15. Mai 2002, die Preisverleihung findet im Juni 2002 statt. Einen Leitfaden der Aktion und aktive Unterstützung bei den Recherchen gibt es bei:

Aktion Analyse c/o DJB e.V.
Breitscheidstrasse 41
16321 Bernau
Telefon: 0173/ 4262187

info@djb-ev.de

6. Schon den Schirm!

Der Jugendbereich des Kölner Bürgerzentrums Vingst »et Sozi« hat einen Wettbewerb »Bildschirmschoner gegen Rechts« unter dem Motto »Schon den Schirm und setz ein Zeichen gegen Rassismus« ausgeschrieben. Jugendliche (Einzelpersonen oder Gruppen) im Alter zwischen 13 und 25 Jahren sind aufgefordert sich zu beteiligen und einen Bildschirmschoner gegen Rassismus zu entwerfen, der Protest gegen Fremdfeindlichkeit zum Ausdruck bringen soll.

Im März 2002 werden auf einer Abschlussveranstaltung mit Preisvergabe möglichst viele Beiträge vorgestellt. Eine Auswahl der Einsendungen wird im Internet veröffentlicht und als Download angeboten. Fertige Beiträge können mit einer kurzen Produktionsbeschreibung bis spätestens 31. Dezember 2001 auf Diskette, CD oder per E-Mail an die folgende Adresse geschickt werden:

Bürgerzentrum Vingst »et Sozi«
Jugendbereich
Heßhofstr. 43
51107 Köln

Telefon: 0221/8705090
wettbewerb@et-sozi.de

7. Karikaturenwettbewerb "Anders -- na und?"

»Diskriminierung hat viele Facetten: Ob nun die ethnische Herkunft, die Religion, eine Behinderung, die sexuelle Ausrichtung, die Weltanschauung, die Rasse, das Geschlecht oder das Alter von Menschen, immer wieder stoßen auch schon Kinder und Jugendliche im Alltag auf Intoleranz und Ausgrenzung.«

»Anders – na und?« richtet sich an Schulen. Teilnehmen können alle Schülerinnen und Schüler bis einschließlich 22 Jahre. Auch Schulklassen oder ganze Schulen können sich mit einer Gemeinschaftsarbeit beteiligen. Als Beiträge kommen farbige oder schwarz-weiße Zeichnungen als Karikaturen, Cartoons oder satirische Kurz-Comics in Frage. Das Format darf allerdings DIN A3 nicht überschreiten.

Die Werke werden von einer Fachjury bewertet. Schirmherr des Wettbewerbs ist Paul Spiegel, der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland.

8. Links zum Thema

»Basta – Nein zur Gewalt!« ist das Online-Magazin der Arbeitsgemeinschaft Jugend & Bildung e.V. Wiesbaden in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium des Innern. Es wendet sich an Jugendliche u.a. mit den folgenden Themen: »Gewalt in der Schule«, »Gewalt gegen Ausländer«.

Jugendclub Courage Köln e.V., der hauptsächlich antirassistische Bildungsarbeit betreibt. Auf den Internetseiten befinden sich konkrete Bildungsangebote und ein Index zum Verleih von 150 verschiedenen Filmen zu Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus (allerdings noch im Aufbau).

CrossCulture: Netzwerk für interkulturelle und europäisch orientierte Kinder- und Jugendmedienarbeit in Nordrhein-Westfalen. BeWERKZEUGEet einen Newsletter, hilfreiche Links zu Jugendarbeit und Vorstellung verschiedener Projekte der außerschulischen Jugendarbeit.

Regionale Arbeitstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule Brandenburg e.V.: Vorstellung von Projekten, die vor allem in Schulen in Brandenburg (z.B. Begegnungsreise nach Angola, Unterricht ausländischer ReferentInnen in Schulen in Brandenburg) durchgeführt werden; Unterrichtsmaterial gegen Rassismus.

Unter dem Motto »Alle Achtung! Gegen Ausländerfeindlichkeit und Rechtsradikalismus. Ein kulturpädagogisches Projekt im Netzwerk« wird ein Angebot in den Kultursparten Musik, Theater, Literatur umgesetzt, das sich an Kinder und Jugendlichen in NRW richtet. Die verschiedene Projekte werden vorgestellt: u.a. Hier-Da-Fremd-Sein, ein theaterpädagogisches Märchenprojekt und HipHop 4 Respect

Deutsches Jugendinstitut e.V.: Maßnahmen gegen Rechts und zur Unterstützung und Qualifizierung der Jugendbildungsarbeit.

Eine Datenbank (»MaReG«), die eine Übersicht über alle im Programmteil »Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Gewalt« geförderten Projekte liefert.

Stirnblüten: Ein Schulprojekt des Bertolt Brecht Gymnasiums Dortmund. Auf den digitalen Fotos ihrer Stirnflächen veröffentlichen SchülerInnen ihre Statements gegen Rechts. Viele Informationen und Links zum Thema wurden zusammengetragen und sachlich aufbereitet.

Umfangreiche Dokumentation gegen rechte Gewalt.

Nationalsozialismus und Holocaust in Schule und Jugendarbeit: Umfangreichen Recherche zu Projekten, die in Schulen, Gedenkstätten und in der Jugendarbeit zu den Themen Nationalsozialismus und Holocaust realisiert wurden.

9. ... zu ostlastig?

In diesem Dossier haben wir über »Jugendarbeit und Rechtsextremismus« berichtet und Initiativen vorgestellt. Dabei ist auffällig, dass die Mehrzahl der aktuellen Projekte und Initiativen im Osten der Bundesrepublik zu finden sind. Für uns stellt sich nun die Frage: Wird Jugendsozialarbeit in erster Linie im Osten betrieben, weil angenommen wird, dass Rechtsextremismus dort ein größeres Problem ist als in den alten Bundesländern? Da wir das Dossier #3 gern erweitern möchten, bitten wir um Rückmeldung über Erfahrungen und Projekte zu Jugendarbeit gegen Rassismus in den alten Bundesländern.

Schreibt an info@d-a-s-h.org